

zu TOP

Mainz, 13.11.2018

Anfrage 1946/2018 zur Sitzung am 21.11.2018

Neues Kita-Gesetz Rheinland-Pfalz (CDU)

Aktuell wird auf Landesebene über ein neues Kita-Gesetz diskutiert. Der derzeit vorliegende Entwurf sieht unter anderem einen Rechtsanspruch auf sieben Stunden Betreuung, Mittagessen in allen Kindertagesstätten sowie mehr Sozialarbeit und Inklusion vor. Die Pläne des Landes werden auch massive Auswirkungen auf die Stadt Mainz haben. Auch wenn es dringend erforderlich ist, das Kita-Gesetz zu novellieren, hat es gerade für kleinere Einrichtung nicht zu unterschätzende erhebliche finanzielle Auswirkungen.

Wir fragen die Verwaltung:

1. Wie bewertet die Verwaltung die aktuellen Pläne des Landes für ein neues Kita-Gesetz?
2. Welche konkreten Auswirkungen hat das so genannte Kita-Zukunftsgesetz auf die Stadt Mainz, insbesondere in finanzieller Hinsicht?
3. Wie verändern sich die Rahmenbedingungen der Finanzierung für Elterninitiativen und wie bewertet dies die Stadt im Hinblick auf die Fortsetzung ihrer wichtigen Arbeit?
4. Hat die Verwaltung entsprechend des vorliegenden Entwurfs erste Beispielberechnungen für die Einrichtungen und Elterninitiativen vorgenommen, wie dies andere Kommunen machen? Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
5. Teilt die Verwaltung die Auffassung, dass die Arbeit der Elterninitiativen keinesfalls gefährdet werden darf und mögliche Schließungen zu vermeiden sind?
6. Was unternimmt die Verwaltung, um nachhaltige bereits jetzt erkennbare negative Entwicklungen durch die Gesetzesnovelle zu verhindern?
7. Welche personellen Auswirkungen hat das Gesetz nach derzeitigem Stand auf die Einrichtungen?
8. Wie sollen die Einrichtungen die ständig steigenden Anforderungen erfüllen, wenn dies durch die neuen Rahmenbedingungen erheblich erschwert wird?

Hannsgeorg Schöning
Fraktionsvorsitzender